

P R O T O K O L L

über die Sitzung **des Ausschusses für Soziales, Integration, Prävention und Gleichstellung** der Stadt Burgdorf am **16.05.2023** im Ratssaal des Schlosses, Spittaplatz 5, 31303 Burgdorf,

19.WP/A-SIPG/007

Beginn öffentlicher Teil: 17:00 Uhr
Beginn vertraulicher Teil: Uhr

Ende öffentlicher Teil: 18:25 Uhr
Ende vertraulicher Teil: Uhr

ANWESENHEIT:

Vorsitzende

Birgin, Gurbet

stellv. Vorsitzende

Paul, Susanne

ab TOP 3

Mitglied/Mitglieder

Baumgarten, Claudia
Höfner, Joachim
Meinig, Birgit
Nijenhof, Rüdiger
Steinbeck-Behrens, Cord,
Dr.
Vehling, Karl-Heinz, Dr.

stellv. Grundmandatar/e

Fleischmann, Michael

Vertretung für Herrn Jörgen Wendt

Beratende/s Mitglied/er

Müller, Astrid
Oelschlägel-Rumpf, Annegret

Verwaltung

Borrmann, Thomas
Kegel, Jan
Kugel, Michael
Pollehn, Armin

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
2. Genehmigung der Protokolle über die Sitzungen des Ausschusses für Soziales, Integration und Prävention am 28.09.2022 sowie am 07.03.2023
3. Mitteilungen des Bürgermeisters
4. Antrag der FDP-Fraktion „Mehr Sicherheit und weniger Vandalismus in Burgdorf!“
Vorlage: A 2023 0391
- 4.1. Antrag der Gruppe WGS FreieBurgdorfer „Mehr Sicherheit und weniger Vandalismus in Burgdorf!“ vom 16.05.2023
Vorlage: A 2023 0391/1
5. Anfragen lt. Geschäftsordnung
6. Anregungen an die Verwaltung
Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Die Vorsitzende, **Frau Birgin**, eröffnete die Sitzung. Sie stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Weiterhin teilte **Frau Birgin** mit, dass Frau Wieker, Frau Fronia, Frau Pape, Herr Bielefeld sowie Herr Frank sich entschuldigen lassen. Herrn Steinbeck – Behrens begrüßte sie als neues Mitglied des Ausschusses für Soziales, Integration, Prävention und Gleichstellung.

2. Genehmigung der Protokolle über die Sitzungen des Ausschusses für Soziales, Integration und Prävention am 28.09.2022 sowie am 07.03.2023

Frau Birgin erläuterte, dass in der Tagesordnung insgesamt zwei zu genehmigende Protokolle aufgeführt seien.

Hierzu teilte **Frau Birgin** mit, dass Frau Wieker im Vorfeld der Sitzung hinsichtlich des Protokolls über die Sitzung am 07.03.2023 um Korrektur bat. Auf Seite 4 innerhalb des TOP 4.2. „Antrag des Kinderschutzbundes auf Finanzierung von Personalstellen und Overheadkosten für das Haushaltsjahr 2023“ sei der letzte Satz des ersten Absatzes zu streichen und wie folgt neu zu formulieren: „Im bis gestern vorliegenden Antrag des Nachbarschaftstreffs sind weder Stunden, Aufgaben noch Dotierungen des zu finanzierenden Personals angegeben, sowie keine Angaben zu anderen Fördermitteln im Projekt oder zu angrenzender Projektarbeit. Das Burgdorfer Mehrgenerationenhaus hat wiederholt Nachforderungen in der Detaillierung zu diesen Punkten erhalten. Obwohl der Antrag des Burgdorfer Mehrgenerationenhauses bereits wesentlich detaillierter ausgefüllt war, ist eine Annahme und Weiterleitung an den Ausschuss durch die Verwaltung verweigert worden“.

Herr Nijenhof wies darauf hin, dass hier lediglich der erste Satz der neuen Formulierung in die Änderung des Protokolls übernommen werden sollte, da die weiteren Ausführungen innerhalb der Sitzungen so nicht geäußert wurden.

Herr Kugel erläuterte, dass die Verwaltung nicht ausschließlich mit dem Burgdorfer Mehrgenerationenhaus in Kontakt stand, sondern auch mit dem Kinderschutzbund.

Weiterhin teilte **Frau Birgin** den Korrekturwunsch auf Seite 5 innerhalb des TOP 4.2. mit, dass Herr Dedden dem Kinderschutzbund angehöre und nicht dem Burgdorfer Mehrgenerationenhaus.

Frau Birgin führte im Folgenden den Korrekturwunsch von Frau Wieker hinsichtlich des Protokolls vom 28.09.2022 auf Seite 3 innerhalb des TOP „Genehmigung des Protokolls“ aus. Hier sei ihr Beitrag wie folgt zu formulieren: „Frau Wieker stellte fest, dass im zu genehmigenden Protokoll vom 28.09.2022 stehe, dass es regelmäßig Koordinierungstreffen mit der Verwaltung gäbe. Dem sei leider nicht so. Am vergangenen Freitag habe jedoch das Burgdorfer Mehrgenerationenhaus eine Besprechung mit Herrn Bürgermeister Pollehn und Herrn Kugel gehabt und aus gegebenen Anlass um dringende Koordinierungstreffen zum Thema Flüchtlinge gebeten. Herr Bürger-

meister Pollehn habe zugesagt, dass es künftig Koordinierungstreffen geben solle, um bestehende Probleme aufzuarbeiten.“

Herr Bürgermeister Pollehn erklärte hierzu, dass ein bestehendes Problem mit dem Email-Verteiler zwischenzeitlich behoben wurde und das Burgdorfer Mehrgenerationenhaus seit dem letzten Koordinierungstreffen auch anwesend gewesen sei.

Herr Nijenhof gab zu bedenken, dass weder die Formulierung innerhalb des Protokolls noch Frau Wiekers Korrektur fehlerfrei seien. In Anbetracht Frau Wiekers heutiger Abwesenheit machte er daher den Vorschlag, die Genehmigung des Protokolls zu vertagen.

Der Ausschuss für Soziales, Integration, Prävention und Gleichstellung fasste bei 4 Ja-Stimmen bei 3 Enthaltungen folgenden

Beschluss:

Das Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration, Prävention und Gleichstellung vom 07.03.2023 wird mit den vorangestellten Änderungen genehmigt.

Die Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration, Prävention und Gleichstellung vom 28.09.2022 wird vertagt.

3. Mitteilungen des Bürgermeisters

- a) **Herr Borrmann** informierte die Mitglieder des Ausschusses für Soziales, Integration, Prävention und Gleichstellung, dass die Haushaltssatzung zwischenzeitlich genehmigt wurde und voraussichtlich Anfang Juni 2023 in Kraft treten werde. Daher werde dann zeitnah ein Termin für den Auftaktworkshop „Integrationskonzept“ vereinbart, Frau Birgin favorisierte hierfür einen Samstag.
- b) Weiter berichtete **Herr Borrmann**, dass am 05.07.2023 wieder ein gemeinsam mit dem Deutschen Roten Kreuz organisierter Ausflug für Menschen mit Behinderungen stattfinden werde. Das Ziel sei der Tankumsee im Landkreis Gifhorn mit abschließendem Ausklang im Burgdorfer DRK Aktiv Treff. Die Gesamtkosten werden sich auf ca. 2.700 € belaufen.
- c) Im Folgenden ging **Herr Borrmann** auf die Verteilungsquote für ausländische Flüchtlinge ein. Die Landesaufnahmebehörde teilte eine Korrektur der derzeitigen Aufnahmequote mit. Mit Stand 31.03.2023 belief sich die Restaufnahmequote auf 31 Personen. Seit dem 01.04.2023 bis heute seien 31 Personen aufgenommen worden. Daher werden bis zum 31.07.2023 keine weiteren Zuweisungen erfolgen. Weiterhin möglich seien jedoch Zuweisungen durch Familiennachzüge. Auch werden, freie Plätze vorausgesetzt, weiterhin ukrainische Flüchtlinge aufgenommen. Auf Nachfrage von **Herrn Nijenhof** teilte **Herr Borrmann** mit, dass die von der Stadt Burgdorf belegte Seite der Flüchtlingsunterkunft „Sorgenser Dreieck“ voll ausgelastet sei und dies auch für die durch die Gemeinde Uetze belegten Einheiten gelte.

- d) Abschließend berichtete **Herr Borrmann** auf die Auswirkungen der Wohngeldreform vom 01.01.2023. In Folge dessen seien drei neue Mitarbeiter/-innen eingestellt worden. Seit Beginn des Jahres bis zum 30.04.2023 seien 394 Anträge auf Wohngeld gestellt. Nicht jeder Antrag werde in einer Bewilligung münden. Im zweiten Halbjahr erfolgen zudem, wie gesetzlich geregelt, noch die leistungsrechtlichen Übergänge aus den Bereichen Hilfe zur Pflege, dem SGB II sowie dem SGB XII.

Im Folgenden entstand unter den Mitgliedern des Ausschusses für Soziales, Integration, Prävention und Gleichstellung eine rege Diskussion über die Möglichkeiten, insbesondere älteren Bürgern/-innen die mutmaßlich vorhandene Scham zu nehmen, einen Sozialhilfeantrag zu stellen, sowie ihnen die unterschiedlichen Hilfemöglichkeiten näher zu bringen.

Herr Fleischmann berichtete von Statistiken, dass unter den leistungsberechtigten Rentnern /-innen über 60 % aus Scham auf eine Antragstellung verzichten würden.

Im Zuge dessen sagte **Herr Borrmann** auf Nachfrage von **Herrn Nijenhof** zu, die bewilligten Wohngeldanträge in einer nach Altersgruppen der Antragsteller /-innen aufgeschlüsselten Statistik darzulegen, sofern hierfür die technischen Voraussetzungen bestehen.

Antwort über das Protokoll:

Seitens der Verwaltung wurde zwischenzeitlich eine diesbezügliche Anfrage bei der Region Hannover bzw. HannIT gestellt. Eine Antwort stehe derzeit noch aus, werde jedoch innerhalb der nächsten Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration, Prävention und Gleichstellung mitgeteilt.

Frau Oelschlägel-Rumpf berichtete in diesem Zusammenhang von Erfahrungen aus dem Seniorenrat, dass es weiterhin wichtig sei, seniorengerechten Wohnraum für ältere Menschen in Bebauungsprojekten zu berücksichtigen.

Herr Nijenhof ergänzte, sofern ein Großteil der Wohngeldneuanträge von „älteren“ Personen gestellt werde, bestände Klarheit darüber, dass es in dieser Bevölkerungsschicht Probleme gebe. Als Folge sei in Zusammenarbeit mit dem Seniorenrat zu ermitteln, wie dem entgegengesteuert werden könne. Daher sei die Statistik hilfreich.

Frau Paul erachtete es als wichtig, dass gesetzmäßig zustehende Leistungen auch bei den Bürgern/-innen ankommen müssen. Sollten hier tatsächlich Probleme bestehen, sei ein aktives Handeln der innerhalb der Stadt Burgdorf ansässigen Institutionen erforderlich.

Herr Bürgermeister Pollehn bekräftigte, dass die Stadt Burgdorf im Bereich des Wohnraumes für ältere Menschen nicht untätig sei und führte insbesondere das Entwicklungsgebiet „Weserstraße Nord-West“ auf. Es sei geplant, ein Baufeld einem Wohnprojekt für ältere Menschen zu übergeben. Ein weiteres Projekt sei der Bau von sozialgefördertem Wohnraum der KSG auf dem „Marris-Mühlenfeld“. Insbesondere das Ziel des integrierten Wohnens älterer Menschen werde weiterhin verfolgt.

Des Weiteren informierte **Herr Bürgermeister Pollehn** über die in der zweiten Jahreshälfte anstehende Grundsicherungskampagne der Region

Hannover. Im Zuge dessen sollte der Kontakt mit dem Regionsabgeordneten gesucht werden. **Herr Bürgermeister Pollehn** könne sich vorstellen, dass auch Wohngeld als weiteres Thema in diese Kampagne aufgenommen werde. Möglicherweise könne hier eine Synergie erzeugt werden.

4. Antrag der FDP-Fraktion „Mehr Sicherheit und weniger Vandalismus in Burgdorf!“
Vorlage: A 2023 0391

Herr Kugel erklärte, dass der vorliegende Antrag vom Rat in den Fachausschuss überwiesen wurde. Am heutigen Nachmittag sei durch die Fraktion WGS Freie Burgdorfer ein ersetzender Änderungsantrag eingereicht worden.

Zunächst stellte **Herr Dr. Vehling** den Antrag der FDP Fraktion ausführlich vor.

Herr Nijenhof erläuterte daraufhin die Beweggründe der Fraktion WGS Freie Burgdorfer, die zur Einreichung des ergänzenden Änderungsantrages führten. Ihm sei besonders wichtig zu verhindern, dass ein privater Sicherheitsdienst engagiert werde. Weder finanziell noch ordnungspolitisch sei der Antrag als sinnvoll anzusehen. Den zweifellos vorhandenen Problemen am Bahnhof müsse sich jedoch angenommen werden. Daher greife der ersetzende Änderungsantrag die Alternativen „Bahnhofskümmerer“ sowie Videoüberwachung auf. Dieser Antrag sei als Prüfauftrag zu verstehen.

Herr Fleischmann stimmte beiden Anträgen grundsätzlich zu.

Herr Höfner erachtete es als sinnvoll, dass im Vorfeld der Entscheidungsfindung die Polizei angehört werde.

Frau Paul empfand den Antrag der FDP-Fraktion für eine Stadt in der Größenordnung Burgdorfs als verhältnismäßig hoch angesetzt. Die Vorschläge der WGS Freie Burgdorfer seien im Vergleich angemessener. Es sei ratsam, sich zunächst die Meinung der Fachleute zu der vorhandenen Problematik anzuhören. Dies könne durch Einladung der Polizei innerhalb der nächsten Ausschusssitzung erfolgen. Generell seien Bahnhöfe immer und überall kritische Orte. Die Einführung eines Sicherheitsdienstes sei wiederum nicht verhältnismäßig. Zudem bestehe seit 2009 eine Sicherheitspartnerschaft mit der Polizei, welche zunächst wieder aktiviert werden solle.

Herr Kugel erinnerte zudem an die Beschlusslage im Bereich der Personalkosten. Bei derartigen Anträgen sei es aufgrund der angestrebten Haushaltskonsolidierung zielführend, Gedanken zur Kostendeckung mit einzubringen, zumal es sich hier um eine freiwillige Leistung handele.

Herr Dr. Vehling vertiefte die Beweggründe des vorliegenden Antrages und erklärte, dass er davon Kenntnis nehmen würde, sofern der Antrag keine Mehrheit erlangen sollte. Dann sei die Sicherheit hier offenbar nicht jedem von der Bedeutung, wie sie es für die FDP-Fraktion sei. Die angesprochene Kamerainstallation illusionieren aus seiner Sicht nur ein Gefühl der Sicherheit.

Im Folgenden entwickelte sich eine Diskussion zum Erfordernis der vorlie-

genden Anträge und der wesentlichen Rolle und Position der Deutschen Bahn als Eigentümerin des Bahnhofs. Hierbei bestand Einigkeit, dass zunächst ein Gespräch mit der Polizei zur gegenwärtigen Situation und hinsichtlich des bereits bestehenden Sicherheitsbündnisses zu führen sei.

Herr Fleischmann regte an, die beiden vorliegenden Anträge als Prüfaufträge an die Verwaltung zu richten. **Herr Dr. Vehling** stimmte diesem Vorschlag zu.

Frau Baumgarten regte zudem an, die Anzahl der Fahrradboxen sowie die Installierung von Bewegungsmeldern für Lichtquellen in die weiteren Überlegungen miteinzubeziehen.

Herr Bürgermeister Pollehn berichtete von einer zunehmenden Zahl von Hoheitsdelikten innerhalb der Stadt Burgdorf, jedoch nicht speziell am Bahnhof, sondern in der Stadt insgesamt betrachtet. Ausgehend von der Polizeistatistik sei Burgdorf jedoch als sicher einzustufen.

Zudem kündigte er einen anstehenden Termin gemeinsam mit der Polizei und der Ordnungsabteilung an. Hierbei werde er das Thema „Sicherheit am Bahnhof“ besonders berücksichtigen. Dieses Gespräch finde am 06.07.2023 um 14.00 Uhr auf dem Spittaplatz statt. Eine Kontaktaufnahme mit der Polizei und der Deutschen Bahn sei definitiv sinnvoll.

In der folgenden Diskussion verfestigte sich die Ansicht, dass zunächst Fachleute angehört werden müssen und eine genaue Prüfung der Situation am Bahnhof erfolgen müsse. Es bestand zudem Einigkeit, dass über beide vorliegenden Anträge heute abzustimmen sei.

Frau Birgin ließ sodann zunächst über den vorliegenden Antrag der FDP Fraktion abstimmen.

Die Mitglieder des Ausschusses für Soziales, Integration, Prävention und Gleichstellung stimmten mit 5 Nein-Stimmen sowie 3 Ja-Stimmen mehrheitlich gegen den vorliegenden Antrag.

Daraufhin ließ **Frau Birgin** über den ersetzenden Änderungsantrag der Gruppe WGS Freie Burgdorfer abstimmen.

Die Mitglieder des Ausschusses für Soziales, Integration, Prävention und Gleichstellung stimmten mit 5 Ja-Stimmen sowie 3 Nein-Stimmen mehrheitlich für den vorliegenden Antrag.

**4.1. Antrag der Gruppe WGS FreieBurgdorfer „Mehr Sicherheit und weniger Vandalismus in Burgdorf!“ vom 16.05.2023
Vorlage: A 2023 0391/1**

Siehe TOP 4.

5. Anfragen lt. Geschäftsordnung

Es lagen keine Anfragen vor.

6. Anregungen an die Verwaltung

Herr Nijenhof regte an, innerhalb des anstehenden Gespräches mit der Polizei während der nächsten Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration, Prävention und Gleichstellung zudem das Thema Sicherheit vor Einbrüchen und Vandalismus innerhalb von Schulen und Kindergärten mit einzubeziehen.

Einwohnerfragestunde

Es wurden keine Fragen gestellt.

Geschlossen:

Erster Stadtrat

Ausschussvorsitzende

Protokollführer